



Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
1. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 12.03.2015
in der Kamener Stadthalle

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:25 Uhr

Anwesend

Bürgermeister

Herr Hermann Hupe

SPD

Herr Thomas Blaschke
Herr Carsten Diete
Frau Britta Dreher
Herr Joachim Eckardt
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Frau Kerstin Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Herr Michael Krause
Herr Gökçen Kuru
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Frau Lana Schnack
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes

Herr Wilhelm Kemna
Herr Ralf Langner
Frau Susanne Middendorf
Frau Ina Scharrenbach
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Frau Anke Dörlemann
Herr Stefan Helmken
Herr Adrian Mork
Frau Bettina Werning

DIE LINKE / GAL
Herr Gunther Heuchel
Herr Klaus-Dieter Grosch

FW/FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Helmut Stalz

Ortsvorsteher
Herr Heinz Henning
Herr Ulrich Klein
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Herr Reiner Brüggemann
Frau Julia Freundl
Herr Uwe Liedtke
Herr Jörg Mösgen
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ralf Tost

Entschuldigt fehlten
Frau Ursula Lungenhausen

Der **Bürgermeister** begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Verabschiedung eines ausgeschiedenen Ratsvertreters	
3	Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsvertreters	

4	Verabschiedung eines Beigeordneten	
5	Wahl einer/eines Beigeordneten der Stadt Kamen	018/2015
6	Abberufung und Bestellung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes Stadtentwässerung	016/2015
7	Umbesetzungen von Ausschüssen	007/2015
8	Benennung eines Vertreters für den Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)	010/2015
9	Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für die Gesellschafterversammlung Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	011/2015
10	Nachbesetzung eines Vertreters für den Beirat der Klinikum Westfalen GmbH	013/2015
11	Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes für den Verwaltungsrat der Sparkasse UnnaKamen	014/2015
12	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen	015/2015
13	Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Westfalen GmbH	017/2015
14	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung hier: Bereitstellung einer überplanmäßigen investiven Mehrausgabe im Produkt 54.01.01 - Baumaßnahme Derner Straße (Westabschnitt)	170/2014
15	Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten	006/2015
16	Einführung eines Inklusionsbeauftragten hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
17	Durchführung der Winterwelt 2015 mit einer gemieteten oder erworbenen Eisbahn aus synthetischen Eis hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
18	Resolution zum Freihandelsabkommen TTIP, TISA, CETA hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
19	Bürgerveranstaltung zum Thema Freihandelsabkommen TTIP/TiSA hier: Antrag der Fraktion Die Linke/GAL	
20	Medizinische Regelversorgung für Flüchtlinge und Asylsuchende verbessern hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
21	Straßenreinigungsgebühr: Überprüfung des Anteils des Allgemeininteresses an der Straßenreinigung in der Gebührensatzung 2015 hier: Antrag der CDU-Fraktion	
22	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

Zu TOP 2.

Verabschiedung eines ausgeschiedenen Ratsvertreters

Der **Bürgermeister**, Herr Hupe, verabschiedete Herrn Silvester Runde und erinnerte an seine Mitarbeit im Rat und in verschiedenen Ausschüssen seit 2009. Er würdigte das kommunalpolitische Engagement, dankte für seine Verdienste und überreichte Herrn Runde eine Urkunde sowie ein Präsent. Für die Zukunft wünschte er ihm eine gute und erfolgreiche Zeit und persönliches Wohlergehen.

Zu TOP 3.

Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsvertreters

Der **Bürgermeister** verpflichtete Herrn Carsten Diete - als Ratsnachfolger von Herrn Silvester Runde - seine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohl der Gemeinde zu erfüllen.

Zu TOP 4.

Verabschiedung eines Beigeordneten

Der **Bürgermeister** verabschiedete den Beigeordneten Reiner Brüggemann nach fast 49 Jahren im Dienst der Stadt Kamen in den Ruhestand. Er würdigte seine Menschlichkeit und seine Kollegialität. Er dankte ihm für sein besonderes Engagement für die Stadt Kamen und sprach ihm seine Hochachtung aus.

Für die Zukunft wünschte er ihm eine gute und erfolgreiche Zeit, Gesundheit und viel Freude und Zeit mit seiner Familie. Zum Ende seiner Rede verlas er die Entlassungsurkunde und überreichte ihm ein Präsent.

Herr **Brüggemann** dankte der Verwaltung und der Politik für das entgegengebrachte Vertrauen. Er lobte die Kolleginnen und Kollegen, dankte ihnen für das jahrelange Engagement und sprach ihnen seine Anerkennung aus.

Für die SPD-Fraktion richtete Herr **Krause** dankende Worte an Herrn Brüggemann.

Frau **Dörlemann** sprach für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und dankte Herrn Brüggemann für die gute Zusammenarbeit.

Für die Fraktion Die Linke /GAL dankte Herr **Grosch** Herrn Brüggemann vor allem für seine engagierte Arbeit in dem Bereich Jugend, Schule und Soziales.

Zu TOP 5. 018/2015

Wahl einer/eines Beigeordneten der Stadt Kamen

Der **Bürgermeister** bat um Vorschläge zur Wahl des Beigeordneten.

Herr **Krause** schlug Herrn Dr. Uwe Liedtke vor. Er erfülle alle erforderlichen Voraussetzungen.

Frau **Dörlemann** betonte, dass die Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gern weitere Bewerber kennengelernt hätten, durch die frühe Festlegung der SPD-Fraktion aber keine falschen Erwartungen wecken wollten. Daher würden sie sich der Stimme enthalten.

Beschluss:

Herr Dr. Uwe Liedtke wird gemäß § 41 Abs. 1 c GO NW i.V.m. § 50 Abs. 2 GO NRW i.V.m. § 71 Abs.1 S.3 GO NW als Beigeordneter gewählt.

Herr Dr. Uwe Liedtke ist unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 8 Jahren zum Beigeordneten zu ernennen.

Die Besoldung erfolgt gemäß § 2 Abs.2 Eingruppierungsverordnung nach der Besoldungsgruppe A 16. Die monatlich zu zahlende Aufwandsentschädigung richtet sich nach den jeweils zulässigen Höchstbeträgen der Eingruppierungsverordnung.

Abstimmungsergebnis: bei 4 Enthaltungen und 9 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Der **Bürgermeister** gratulierte Herrn Dr. Uwe Liedtke und wünschte ihm gutes Gelingen für die nächsten Jahre.

Herr Dr. Uwe **Liedtke** bedankte sich für die Wahl. Er freue sich auf die anstehenden Projekte in den nächsten Jahren und wünsche sich eine offene und ehrliche Zusammenarbeit.

Frau Scharrenbach verlässt um 17:30 Uhr die Sitzung.

Zu TOP 6.
016/2015

Abberufung und Bestellung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes Stadtentwässerung

Herr **Eisenhardt** fragte nach, warum der Kämmerer Herr Mösgen als Betriebsleiter abberufen werde. Dies ginge aus der Beschlussvorlage nicht hervor.

Der **Bürgermeister** erläuterte, dass das Fachdezernat aufgelöst werde und der Aufgabenbereich „Finanzen“ von Herrn Mösgen sich deutlich erweitere. Da sich der Aufgabenzuschnitt geändert habe, solle Herr Tost die Leitung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung übernehmen.

Herr **Eisenhardt** teilte mit, dass sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde. Er sah die Führung eines Eigenbetriebes im Aufgabenbereich des Kämmerers.

Beschluss:

Herr Jörg Mösgen wird als Betriebsleiter des Eigenbetriebes Stadtentwässerung abberufen.

Herr Ralf Tost wird zum Betriebsleiter des Eigenbetriebes Stadtentwässerung bestellt.

Abstimmungsergebnis: bei 9 Enthaltungen einstimmig angenommen

Umbesetzungen von Ausschüssen

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Betriebsausschuss

stv. Mitglied	<u>bisher</u> Carsten Diete	<u>neu</u> Martin Köhler
---------------	--------------------------------	-----------------------------

Behindertenbeirat

stv. Mitglied	<u>bisher</u> Silvester Runde	<u>neu</u> Carsten Diete
---------------	----------------------------------	-----------------------------

Familien-, Sozial- und
Generationenenausschuss

ordentliches Mitglied	<u>bisher</u> Silvester Runde	<u>neu</u> Gökçen Kuru
stv. Mitglied	Gökçen Kuru	Carsten Diete

Gleichstellungsbeirat

ordentliches Mitglied	<u>bisher</u> Silvester Runde	<u>neu</u> Carsten Diete
ordentliches Mitglied	Doris Lebek	Carina Feige

Haupt- und Finanzausschuss

stv. Mitglied	<u>bisher</u> Silvester Runde	<u>neu</u> Carsten Diete
---------------	----------------------------------	-----------------------------

Partnerschaftsausschuss

stv. Mitglied	<u>bisher</u> Silvester Runde	<u>neu</u> Carsten Diete
---------------	----------------------------------	-----------------------------

Rechnungsprüfungsausschuss

ordentliches Mitglied	<u>bisher</u> Silvester Runde	<u>neu</u> Carsten Diete
-----------------------	----------------------------------	-----------------------------

Schul- und Sportausschuss

ordentliches Mitglied	<u>bisher</u> Carsten Diete	<u>neu</u> Johannes Müller
stv. Mitglied	Johannes Müller	Carina Feige

Wirtschaftsausschuss

ordentliches Mitglied

bisher

Silvester Runde

neu

Carsten Diete

Verbandsversammlung

VHS-Zweckverband

Kamen-Bönen

ordentliches Mitglied

bisher

Michael Krause

neu

Carsten Diete

stv. Mitglied

Silvester Runde

Michael Krause

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.
010/2015

Benennung eines Vertreters für den Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)

Beschluss:

Als Mitglied für den Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) wird Herr Jörg Mösgen benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 9.
011/2015

Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes für die Gesellschafterversammlung Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Beschluss:

Für die weitere Wahlperiode des Rates wird Frau Ingelore Peppmeier als stellvertretendes Mitglied in die Gesellschafterversammlung der Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 10.
013/2015

Nachbesetzung eines Vertreters für den Beirat der Klinikum Westfalen GmbH

Im Namen der SPD-Fraktion schlug Herr **Krause** Herrn Theodor Wältermann als Nachbesetzung vor.

Beschluss:

Der Rat wählt Theo Wältermann in den Beirat der Klinikum Westfalen GmbH.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 11.
014/2015

Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes für den Verwaltungsrat der Sparkasse UnnaKamen

Beschluss:

Der Rat wählt Frau Christiane Klanke als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat der Sparkasse UnnaKamen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 12.
015/2015

Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen

Herr **Krause** teilte mit, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde. Er halte zwei verkaufsoffene Sonntage im Jahr für sehr moderat.

Auch die FW/FDP-Fraktion werde der Vorlage zustimmen, da sie mit der KIG abgestimmt sei, so Frau **Schaumann**. Sie betonte, dass das Ladenöffnungsgesetz NRW überholt sei und abgeschafft gehöre.

Herr **Grosch** äußerte sich kritisch und verwies auf den Arbeitnehmerschutz und die Stellungnahme der verdi. Die Linke/GAL werde die Beschlussvorlage ablehnen.

Frau **Dörlemann** sah den Sinn und Zweck verkaufsoffener Sonn- und Feiertage als nicht mehr gegeben an und daher werde die Fraktion Bündis 90/Die Grünen die Vorlage ablehnen.

Herr **Eisenhardt** begrüßte die zwei verkaufsoffenen Sonntage. Daher werde die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte „Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen“, gleichzeitig tritt die „Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen“ vom 28.03.2014 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: bei 6 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 13.
017/2015

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Westfalen GmbH

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt den durch die Gesellschafterversammlung der Klinikum Westfalen GmbH am 19.12.2014 beschlossenen Gesellschaftsvertrag unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Kommunaufsicht und des Bundesversicherungsamtes. Die Zustimmung des Bundeskartellamtes, der Kirchengemeinschaft und des Rates der Stadt Lünen liegen zwischenzeitlich vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 14.
170/2014

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
hier: Bereitstellung einer überplanmäßigen investiven Mehrausgabe im Produkt 54.01.01 - Baumaßnahme Derner Straße (Westabschnitt)

Frau **Dörlemann** teilte mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sich der Stimme enthalten werde, da ihr grundlegende Informationen zu der Maßnahme fehlen würden.

Beschluss:

Die nachfolgende gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW genehmigt:

Im Produkt 54.01.01 – Bau von Verkehrsflächen – werden für die Maßnahme 0203, „Derner Straße (Westabschnitt)“ überplanmäßig 277.000 € für das Haushaltsjahr 2014 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: bei 4 Enthaltungen einstimmig angenommen

Zu TOP 15.
006/2015

Kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten

Im Namen der SPD-Fraktion sprach sich Herr **Kuru** für die Beschlussvorlage aus.

Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Vorlage zustimmen, so Frau **Dörlemann**.

Herr **Stalz** verwies auf die Ausführungen im Integrationsrat und teilte mit, dass die FW/FDP-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde.

Herr **Eisenhardt** erläuterte, dass die grundsätzliche Regelung des Wahlrechts nicht die Migrantinnen und Migranten einschlieÙe. Er führte aus, dass diese zunächst anstreben sollten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erlangen. Daher werde die CDU-Fraktion die Vorlage ablehnen.

Herr **Krause** argumentierte, dass Integration auch dafür stehe, Migrantinnen und Migranten in der Politik teilhaben zu lassen. Sie müssten das Recht haben, in der Kommunalpolitik mitentscheiden zu dürfen.

Herr **Grosch** erinnerte, dass aufgrund einer angedachten Veränderung der Landesverfassung der Antrag erneut an die Landesregierung gerichtet werden müsse. Die Fraktion Die Linke/GAL werde der Vorlage zustimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beauftragt den Bürgermeister, die Landesregierung vom Wunsch des Integrationsrates, das kommunale Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten einzuführen, zu unterrichten und so dieses Anliegen des Integrationsrates zu unterstützen sowie sich landesweit in allen relevanten Gremien für die Einführung des Wahlrechts einzusetzen.

Damit folgt der Rat der Bitte des Integrationsrates.

Abstimmungsergebnis: bei 9 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 16.

Einführung eines Inklusionsbeauftragten
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau **Dörlemann** erläuterte den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie nahm Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 23.10.2014, den ihre Fraktion damals ablehnte. Die Erklärung von Barcelona sei nicht weitgehend genug gewesen. Die Behindertenrechtskonvention sei zeitgemäß und daher spreche sie sich nun für einen Inklusionsbeauftragten aus.

Der **Bürgermeister** hielt den Antrag nicht für zielführend. Es handele sich um eine Querschnittsaufgabe, die sich nicht bündeln lasse, um die Effizienz zu steigern. Die Schulverwaltung, der Fachbereich Jugend, die Personalwirtschaft, die Gebäudebewirtschaftung und der Seniorenbeauftragte setzten Inklusion schon lange um. Weiter spreche das Grundprinzip der Personalwirtschaft dagegen, jede dritte frei werdende Stelle künftig nicht mehr zu besetzen.

Frau **Schaumann** kritisierte, dass ein Gegenfinanzierungsvorschlag für die zusätzliche Stelle im Beschlussvorschlag fehle.

Herr **Krause** schloss sich den Ausführungen des Bürgermeisters an und ergänzte, dass jeder Beschluss im Rathaus unter den Gesichtspunkten der Inklusion geprüft werde.

Herr **Grosch** betonte, dass die Schaffung einer Stelle als Inklusionsbeauftragter berechtigt sei, gerade weil Inklusion eine Querschnittsaufgabe sei. Die Linke/GAL werde dem Antrag zustimmen.

Herr **Eisenhardt** wünschte sich eine Fortsetzung des CDU-Antrages vom 21.10.2014. Allerdings solle keine neue Personalstelle geschaffen werden, sondern es reiche aus, dass eine Person alle Querschnittsaufgaben koordiniere. Die CDU werde dem Antrag zustimmen.

Frau **Jung** hielt das Einrichten einer zusätzlichen Stelle für nicht notwendig. Inklusion sei eine Querschnittsaufgabe im Rathaus und in überörtlichen Gremien gebe es Hilfe für die Umsetzung inklusiver Interessen, wie z.B. beim Fachbeirat des Kreises Unna.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beauftragt die Verwaltung zur wirksamen Umsetzung des Beschlusses der Behindertenrechtskonvention (BRK) eine/n Beauftragte/n für Inklusion einzusetzen. Neben der Erarbeitung eines Maßnahmenplans zur Inklusion in Kamen ist das Ziel die Implementierung eines breit gefächerten Diskussionsprozesses zur Inklusion. Die Einbindung von gesellschaftlichen Kräften und Gruppen sowie Institutionen mit Multiplikatorenfunktion wie Einrichtungen, Kirchen, Vereine, Verbände etc. ist sicherzustellen. Die/der Inklusionsbeauftragte dient als Ansprechpartner/in für die Information und den Dialog mit Einwohnerinnen und Einwohner sowie mit der erweiterten Öffentlichkeit.

Abstimmungsergebnis: bei 24 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 17.

Durchführung der Winterwelt 2015 mit einer gemieteten oder erworbenen Eisbahn aus synthetischen Eis
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr **Helmken** begründete den Antrag seiner Fraktion. Zu den Gründen gegen die bisherige Eisbahn führte er zu hohe Energiekosten, zu viel Lärm durch die Kühlaggregate und eine zu hohe Summe an Mietkosten an. Er bat die Verwaltung zu prüfen, inwieweit die Durchführung der Kamener Winterwelt mit einer synthetischen Eisbahn möglich sei.

Herr **Krause** betonte, dass die Winterwelt sehr erfolgreich sei und dies auch so bleiben solle. Er befürchte, dass beim Eislaufen auf Kunststoff die Winterwelt an Identifikationswert verliere. Er sei zugleich irritiert, da die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sich in der Vergangenheit vehement gegen den Kunstrasen der Sportanlagen ausgesprochen habe.

Frau **Schaumann** erinnerte ebenso an die Debatten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Kunstrasenplätze und hielt eine Kunststoffeisbahn im Winter für unpassend.

Herr **Eisenhardt** führte aus, dass die Eisbahn den Kern der Winterwelt bilde und dieser nicht gefährdet werden dürfe.

Herr **Stalz** wies darauf hin, dass bei der Erzeugung von Kunststoff ebenfalls CO² produziert werde. Im Verhältnis sei der jetzige Ausstoß der Stadt Kamen so gering, dass er kaum messbar sei.

Der **Bürgermeister** gab vor der Abstimmung den Hinweis, dass die Verwaltung sich dem Prüfantrag stelle. Allerdings könne der Punkt 2 im Antrag nur oberflächlich geprüft werden. Aufgrund der zeitlich engen Organisationsstruktur der Winterwelt werde das Ergebnis des Prüfauftrages in der nächsten Sitzung des Rates vorgestellt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen

1. inwieweit die Durchführung der Winterwelt ab 2015 mit einer gemieteten oder erworbenen Eisbahn aus synthetischem Eis möglich ist
2. welche ökologischen und ökonomischen Vorteile diese Alternative zur bisherigen Lösung bietet im Hinblick auf eine mittel- und langfristige Perspektive
3. inwieweit bisherige Sponsoren auch für eine solche Lösung eingebunden bzw. gewonnen werden können.

Abstimmungsergebnis: bei 11 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 18.

Resolution zum Freihandelsabkommen TTIP, TISA, CETA
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau **Dörlemann** teilte mit, dass ihre Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Textvorschlag des Antrags vom 17.02.2015 zurückziehen werde. Nach intensiven Gesprächen mit der SPD-Fraktion habe man sich auf einen gemeinsamen Resolutionstext geeinigt.

Der **Bürgermeister** merkte an, dass der vorgelegte gemeinsame Textvorschlag auf den ortsspezifischen Bezug hinreichend überprüft worden sei. Die CDU-Fraktion habe die Verwaltung auf eine Expertise des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages hingewiesen. Diese Expertise habe er zur Prüfung an den Städte- und Gemeindebund weitergeleitet mit dem Ergebnis, dass die vorgelegte Resolution verfassungsrechtlich rechtskonform sei.

Herr **Krause** begrüßte den gemeinsamen Textvorschlag beider Fraktionen. Besonders sei der ortsspezifische Bezug zur kommunalen Daseinsvorsorge, zur Organisationshoheit der Gemeinden im Rahmen der Selbstverwaltungsgarantie und zum Dienstleistungssektor gegeben. Hinsichtlich der Expertise erinnerte Herr Krause die CDU-Fraktion an die Resolution zum Thema „Fracking“.

Herr **Eisenhardt** gab an, dass es keinen ersichtlichen Ausschließungsgrund gebe, sich mit dem Thema der Resolution zu befassen. Allerdings war er der Meinung, dass dies die Aufgabe der kommunalen Spitzenverbände und der Bundesregierung sei. Die gemeinsame Resolution der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen sei eher populistisch und er sehe daher auch keine Notwendigkeit eine Resolution zu beschließen.

Frau **Schaumann** sprach im Namen der FDP und teilte mit, dass sie den Antrag ablehnen werde. Durch die sinkenden Produktionspreise könne man sich gegen jene Schwellenländer abschotten, die die niedrigen Preise durch Ausbeutung von Mensch und Natur erzielen.

Herr **Grosch** sprach sich für die Resolution aus. Er halte sie für sinnvoll, da seiner Meinung nach das Abkommen die bestehenden Wirtschaftsblöcke sichere und Entwicklungsländer noch weiter abhänge. Er kritisierte auch die Intransparenz der Verhandlungen.

Herr **Stalz** teilte mit, dass die Freien Wähler die Argumentationen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen befürworte. Allerdings halte er den „Weg“ der Resolution über die Verwaltung als nicht zielführend und lehne deshalb den Textvorschlag ab.

Herr **Krause** betonte, dass der Vertrag grundsätzlich positiv beurteilt werde, weil er Chancen birgt, aber zu viele offene Fragen zu Risiken kommunaler Belange zunächst noch zu beantworten seien.

Der **Bürgermeister** verdeutlichte, dass die Parlamentarier nicht an dem Abkommen beteiligt seien. Man dürfe Sorgen haben, da die Auswirkungen am Ende Kamen betreffen werden.

Herr **Lipinski** hielt die Resolution für sinnvoll und teilte Herrn Eisenhardt mit, dass die Spitzenverbände nach dem demokratischen Prinzip eingebunden seien.

Herr **Eisenhardt** argumentierte, dass eine Resolution zu diesem Zeitpunkt nicht mehr benötigt werde.

Herr **Grosch** informierte über die erst seit einigen Monaten bekannten Resolutionen zum Freihandelsabkommen und verwies auf Unterschriftenlisten gegen das Abkommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen begrüßt grundsätzlich, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA in einem fairen Miteinander weiter ausgebaut werden soll und damit auch die wirtschaftliche Stärke Deutschlands für die Zukunft gesichert wird. In einer exportorientierten

Wirtschaft eines geeinten europäischen Binnenmarktes könnten besonders die innovativen Unternehmen in unserer Stadt von den Handelsabkommen profitieren.

Der Rat der Stadt Kamen teilt die im Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) geäußerten Bedenken und die aufgezeigten potenziellen erheblichen Risiken für die kommunale Daseinsvorsorge der geplanten Freihandelsabkommen

- Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)
- Canada – EU Trade Agreement (CETA)
- Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA).

Der Rat der Stadt Kamen unterstützt nachdrücklich die vorgebrachten Positionen und Forderungen zum Schutz der Interessen der kommunalen Gemeinschaft.

Bezogen auf den Bereich der Stadt Kamen wird gefordert:

1. Die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge und ihrer Struktur muss erhalten bleiben. Insbesondere dürfen Gestaltungsspielräume, die Organisationshoheit und Entscheidungsfreiheit des Rates der Stadt Kamen in den Bereichen der Erbringung von Dienstleistungen nicht beeinträchtigt werden. In diesem Kontext muss die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Kamen unangetastet bleiben. Dies gilt insbesondere für die Arbeit von z.B. GSW Wasser Plus, GSW Kamen-Bönen-Bergkamen, VHS-Zweckverband Kamen-Bönen, der KBG, der VKU u.a. oder des Eigenbetriebes Stadtentwässerung oder des Rettungsdienstverbundes Kamen, Bergkamen, Bönen. Das bezieht sich aber auch auf das Engagement und die Arbeit in der Daseinsvorsorge von Wohlfahrts- und Sozialverbänden sowie Kirchen in Kamen.
2. Die Grundlagen des reformierten europäischen und nationalen Vergaberechts und Spielräume im Vergabe- und Beschaffungswesen für z.B. Inhouse-Vergaben und die interkommunale Zusammenarbeit dürfen nicht eingeeengt werden.
3. Internationale Schiedsgerichte dürfen parallel zur bestehenden Gerichtsbarkeit Entscheidungen und Rechtsakte von Rat und Verwaltung der Stadt Kamen nicht aushebeln und die Möglichkeiten politischer Gestaltung gefährden.
4. Die geltenden Umwelt- und Sozialstandards zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher sind einzuhalten. Darauf sollten die Kamener Bürgerinnen und Bürger vertrauen dürfen.
5. Die Verhandlungen sind mit größtmöglicher Transparenz und Öffentlichkeit zu führen und unter Beteiligung der kommunalen Ebene.
6. Mit Blick auf die zu Pkt.1 beschriebenen Risiken für Kamener Einrichtungen der Daseinsvorsorge ist die Absicht, in den weiteren Verhandlungen die Erstellung von Positivlisten zu fordern, für die endgültige Praxis geeignet, Streitigkeiten über nicht ausdrücklich ausgeschlossene Bereiche über Negativlisten zu vermeiden.

Der Bürgermeister wird beauftragt, diese Resolution der Kommission der Europäischen Union, dem Parlament der EU, der Bundesregierung, der Landesregierung, den dem Städte- und Gemeindebund NRW zur Kenntnis zu geben verbunden mit der Bitte, die formulierten Forderungen im weiteren Verlauf der Verhandlungen der Freihandelsabkommen zum Schutz der kommunalen Daseinsvorsorgestrukturen in Kamen zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: bei 11 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 19.

Bürgerveranstaltung zum Thema Freihandelsabkommen TTIP/TiSA
hier: Antrag der Fraktion Die Linke/GAL

Herr **Grosch** erläuterte den Antrag seiner Fraktion. Er wünschte sich eine öffentliche Veranstaltung, um die Kamener Bürger über die Risiken des Freihandelsabkommens zu informieren. Er dankte den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, da sie die Sorgen ernst nehmen würden.

Frau **Schaumann** warf der Fraktion Die Linke/GAL mit ihrem Antrag Verwaltungsmissbrauch vor, da es sich um eine rein politische Veranstaltung handle.

Herr **Krause** betonte, dass eine parteipolitische Veranstaltung keine Organisationsaufgabe der Verwaltung sei. Er regte an, dass es sich um ein Thema handeln könnte, mit der sich die VHS beschäftigen könne. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr **Eisenhardt** verwies auf das Grundgesetz und betonte, dass die Veranstaltung eine parteiische Aufgabe sei. Er teilte mit, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde.

Herr **Heidler** schlug vor, das Thema „Freihandelsabkommen“ in der nächsten Sitzung der VHS Arbeit & Leben anzusprechen und zu erörtern.

Der **Bürgermeister** merkte an, dass für die Verwaltung das Gebot der Ausgewogenheit gelte. Es verbiete sich hier eine Einseitigkeit der gleichgelagerten Interessensvertretungen. Auch sei es nicht Aufgabe der Verwaltung, politische Veranstaltungen zu organisieren. Er unterstütze die Themenbehandlung in der VHS.

Herr **Grosch** sah den Antrag als Folgeantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Der Antrag sei somit nicht parteipolitisch begründet und weise auch keine Einseitigkeit auf. Er befürchtete, dass eine Veranstaltung der VHS nicht die gewünschte Präsenz erreichen werde.

Der **Bürgermeister** zeigte auf, dass der vorgegebene Inhalt der Veranstaltung sehr wohl einseitig sei und auch der VHS keine Vorschriften über die Form der Veranstaltung gemacht werden könne.

Herr **Krause** ergänzte, dass hier kein Präzedenzfall geschaffen werden darf.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beauftragt den Bürgermeister der Stadt Kamen bis vor den Sommerferien 2015 in Kamen eine öffentliche Veranstaltung zu o.g. Thema durchzuführen. Als Berichterstatter werden hierzu u.a. Vertreter von Gewerkschaften, Verbraucherverbänden, Deutscher Städtetag und NGOs wie z.B. attac eingeladen. Den interessierten BürgerInnen werden die wichtigsten und aktuellsten Positionen der o.g. Organisationen zu den Freihandelsabkommen als Infomaterial zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: bei 33 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 20.

Medizinische Regelversorgung für Flüchtlinge und Asylsuchende verbessern
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der **Bürgermeister** wies darauf hin, dass es sich hier um eine Landesinitiative handele.

Frau **Werning** erläuterte den Antrag ihrer Fraktion. Sie argumentierte mit Abbau von Bürokratie.

Einleitend verwies Herr **Mösgen** auf die Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Danach erhalten Leistungsberechtigte seit dem 01.03.2015 bereits nach einem 15-monatigen Aufenthalt im Bundesgebiet Leistungen nach § 2 AsylbLG (bisher nach 48 Monaten Aufenthalt) und damit eine Krankenversicherungskarte. Zudem sehe er den Antrag der Fraktion kritisch und stellte klar, dass allen Asylbewerbern die medizinische Versorgung nach dem Leistungskatalog zur Verfügung stünden. Die Aussage, dass die Umsetzung des Modells kostenneutral sei, könne er nicht bestätigen. Die Stadt Unna habe zusätzliche Kosten in Höhe von 280.000 € für das Jahr 2015 prognostiziert. Beispielsweise sei zu beachten, dass den Krankenkassen ein gesetzlicher Aufwendungsersatzanspruch (§ 264 Abs. 7 SGB V) zustehe. Einen Abbau von Bürokratie sehe er nicht. Wichtig sei auch zu berücksichtigen, dass aus juristischer Sicht Zweifel an der Möglichkeit des Modells bestehen. Er schlug vor, Reformänderungen des Gesetzgebers abzuwarten, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bereits angedeutet habe, um Vorgaben der EU-Aufnahme Richtlinie umzusetzen.

Frau **Schaumann** appellierte an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Landesregierung aufzufordern, ein Gesundheitsprogramm für Asylsuchende zu entwickeln.

Herr **Krause** betonte, dass Asylsuchende in Kamen eine ausreichende Gesundheitsleistung in Anspruch nehmen könnten. Er verwies auf die Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes und schlug der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, den Antrag daher zurückzustellen.

Herr **Stalz** machte deutlich, dass der Antrag zu Mehrlasten im Haushalt führen werde und ihm ein Vorschlag zur Gegenfinanzierung fehle.

Frau **Werning** erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag zurückstellen werde.

Der Bürgermeister ließ den Antrag einvernehmlich zurückstellen.

Zu TOP 21.

Straßenreinigungsgebühr: Überprüfung des Anteils des Allgemeininteresses an der Straßenreinigung in der Gebührensatzung 2015
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Eisenhardt** erläutert kurz den Antrag seiner Fraktion.

Herr **Mösgen** merkte an, dass es bereits Gespräche mit der Gemeindeprüfungsanstalt gegeben habe. Eine eindeutige Rechtsprechung gebe es dazu nicht. Es gebe eine Bandbreite zur Festlegung des Allgemeininteresses. Bei der Findung der dazugehörigen HSK-Maßnahme sei man damals von einem unterem Wert ausgegangen, dieser sei nochmal zu überprüfen. Er schlug eine Abwandlung des Beschlussvorschlages vor, indem nicht das Rechnungsprüfungsamt, sondern die Kämmerei den Wert auf seine Richtigkeit hin überprüfe.

Herr **Krause** bat um einen Bericht des Kämmers. Auf eine Sonderprüfung der Rechnungsprüfung könne verzichtet werden.

Herr **Eisenhardt** teilte mit, dass er mit einer Prüfung der Verwaltung einverstanden sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen erteilt der Verwaltung den Auftrag, die Höhe des Anteils des Allgemeininteresses in der Straßenreinigungsgebühr 2015 auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 22.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

22.1 Mitteilung der Verwaltung

Herr **Mösgen** teilte mit, dass der Flyer zur Pflege von Grünflächen (Antrag der Fraktion Die Linke/GAL vom 23.10.2014) erstellt worden sei und gedruckt werde. Der Flyer sei zielführend und unbürokratisch und diese Methode könne das Stadtbild verschönern.

22.2 Anfragen

Kommunales Investitionsprogramm

Herr **Eisenhardt** fragte nach, ob es schon einen Ideenkatalog für die Gelder gebe, die die Stadt durch das kommunale Investitionsprogramm erhalte.

Der **Bürgermeister** antwortete, dass weder die Beträge, noch der Verteilungsmodus, noch der Katalog der Handlungsfelder der Verwaltung vorlägen. Mit einem Ideenkatalog seitens der Verwaltung wurde aber schon begonnen.

Standort Sonnenschule/Schule in der Mark

Herr **Eisenhardt** fragte nach, welche Bebauung für den Standort der Schule Werver Mark geplant sei.

Herr **Liedtke** antwortete, dass keine Pläne bekannt seien und keine Gespräche mit dem Kreis stattgefunden hätten.

gez. Hermann Hupe
Vorsitzender

gez. Ingelore Peppmeier
Schriftführerin